

52 Alternativen für Hessen

Roland Kochs Zeit läuft ab – 37 Wochen bis zur Wahl



Wiesbaden, den 11. Mai 2007

Recht auf Hochschulausbildung statt unsoziale Studiengebühren

Qualifikation und nicht der Geldbeutel müssen auch in Zukunft das entscheidende Kriterium für die Aufnahme eines Studiums sein. Der Beschluss der CDU-Regierung, in Hessen ab dem Wintersemester 2007 bis zu 500 Euro pro Semester von den Studierenden zu verlangen, ist falsch und sozial ungerecht. Gebühren sind unsozial und führen nicht zur Verbesserung der Lehre. Studiengebühren sind in Hessen übrigens verfassungswidrig. Deshalb haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor dem Staatsgerichtshof eine Verfassungsklage gegen das Studiengebührengesetz eingereicht.

Die SPD will:

- ein Recht auf umfassende Bildung für alle jungen Menschen in Hessen
- Qualifikation soll das entscheidende Kriterium für ein Studium sein
- Bildungsbarrieren abbauen statt neue finanzielle Hürden errichten
- eine Steigerung des Studierendenanteils pro Altersjahrgang

Mit der Einführung von Studiengebühren sorgt die hessische CDU jetzt dafür, dass sich die zukünftige Bildungselite ausschließlich aus Studierenden rekrutiert, die über ausreichende Einkünfte verfügt. Roland Koch erschwert damit vielen jungen Menschen maßgeblich eine Entscheidung für einen Bildungsweg an hessischen Hochschulen. 500 Euro pro Semester und ein Berg von Schulden nach Abschluss des Studiums schrecken insbesondere Kinder aus Arbeiterfamilien von einer Hochschulausbildung ab.

Wer will, dass das Studiengebührengesetz zurückgenommen wird, muss am 27. Januar 2008 SPD wählen.